



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/XI/29 - 3. Februar 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 089 890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Paris - Saarbrücken - Bonn	S. 1
Der vereinfachte Gesamtvertrag	S. 3
Zur Weiterentwicklung zwischen FDP und SPD	S. 5
Die Krise in der Berliner Koalition	S. 6

## Unnötige Aufregung

Dr. Karl Mowser, M.d.B.

Die mit allen gegen zwei kommunistische Stimmen im Saarlandtag angenommene Grundsatzerklärung hat am Quai d'Orsay und in der französischen Presse einige Aufregung verursacht. Da ein Sprecher der Bundesregierung diese gleiche Grundsatzerklärung begrüßt hatte, kann man auch von einer - wie wir glauben nur momentanen - Verständigung zwischen Bonn und Paris sprechen. Es lohnt sich schon, kurz zu prüfen, ob durch diese Grundsatzerklärung ein Faktum geschaffen worden ist, das von bisherigen Absprachen zwischen Paris und Bonn über die kommenden Saarverhandlungen entgegensteht. Wir möchten diese Frage glatt verneinen und meinen, dass es sich um Missdeutungen und Überbewertung von Einzelforderungen in der Grundsatzerklärung handelt.

Auf der einen Seite war man in Paris geneigt, die Erklärung des Saarlandtages als den Versuch darzustellen, ein fait accompli zu schaffen und damit der kommenden deutsch-französischen Saarverhandlungen vorzugreifen. Es ist gut, dass man sich schnell besonnen hat und diese Meinung nicht aufrecht erhält. Der neue Außenminister Christian Pineau scheint uns aber in das andere Extrem gefallen zu sein, als er die Erklärung als einen Ausdruck des "Wunschenslehens" sozusagen deutscher Politiker an der Saar deutete. Die Wahrheit liegt in der Mitte: die Erklärung ist die politische Willensbekundung von Vertretern einer Bevölkerung, die sich vor wenigen Monaten durch Ausrufung des Staats ihrer Kraft bewusst geworden ist; die erfahren hat, dass es keine Saarlösung gegen ihren Willen geben kann.

Das ist eine Tatsache, und die Ausführungen im Leitartikel der "Monde" vom 2.2.56 sind realistisch, die von der Möglichkeit sprechen, aus der Referendum vom 23. Oktober keine Konsequenzen zu ziehen und es, wenn man Frankreichs Wünsche nicht während berücksichtigte, bei dem bisherigen Zustand bis zum Friedensvertrag zu belassen. Auch andere Sozialministerien hätte sich die "Monde" sparen sollen; sie drückt die Hoffnung aus, dass die "gegenwärtigen Herren der Saar bald völlig der Sinn für Verantwortung erwerben werden". Was soll das bei Politikern,

die gegen den politischen und moralischen - und vor dem Abstimmungs-kampf auch polizeistaatlichen - Druck der halben Welt die Bahn für eine echte Lösung der Saarfrage freigemacht haben und die es gewohnt sind, den Appellen an den Verantwortungssinn den Hinweis auf den besonders in Frankreich sehr verbreiteten Sinn für die Einheit des Vaterlandes entgegenzusetzen.

Die hochpolitische Bedeutung der saarländischen Willenskundgebung liegt darin, dass in ihr zum ersten Male und überraschend schnell aus einer willenskässig gespaltenen Bevölkerung eine Einheit geworden ist, dass der Gegensatz zwischen "prodeutschen" und "profranzösischen" Parteien grundsätzlich der Vergangenheit angehört. Die neuen Herren an der Saar haben damit ein innen- und aussenpolitisches Meisterstück fertiggebracht. Sie haben ihre bisherigen Gegner in allen entscheidenden Punkten auf ihre deutsche Position gebracht. Sie haben damit der französischen Regierung eine Waffe aus der Hand geschlagen: Hoffmann war zwar besiegt, aber noch stark genug geliebt, um mit dem Gedanken spielen zu können, die Position seiner Partei in eine französische Igelstellung auszubauen. Das ist jetzt nicht mehr möglich, und sollte nicht, für die meisten Franzosen unbewusst, diese in der Abstimmung sichtbar gewordene Wandlung der tiefere Grund für die französische Verärgerung sein?

In ihrem ersten Teil sagt nämlich die Erklärung nur das, was Außenminister von Brentano im Dezember schon mit Außenminister Pinay als Marschrichtung für die kommenden Verhandlungen festgelegt hatte: politische und wirtschaftliche Rückgliederung, wobei den französischen Wünschen und Interessen im Rahmen der völligen Rückgliederung Rechnung getragen werden sollte. Wenn sich an der französischen Haltung seit Dezember nichts geändert hat, herrscht insoweit Übereinstimmung zwischen Bonn, Saarbrücken und Paris. In einem zweiten Teil allerdings melden die Saarländer konkrete Forderungen in Bezug auf die Kohlen des Warnt, die Verwaltung der Gruben und den Köchling-Vertrag an. Es ist das gute Recht und die Pflicht derjenigen, die für das Wohl der Menschen an der Saar unmittelbar verantwortlich sind, solche Forderungen hartnäckig zu vertreten. Sie lassen selbst genügend Spielraum für Konzessionen an Frankreich und unterstreichen ihr Interesse an der Erhaltung intensivster Wirtschaftsbeziehungen zwischen ihrem und dem französischen Wirtschaftsgebiet.

Wer die neuen Männer an der Saar kennt, weiss, dass sie viel besser sind als der Ruf, den man ihnen in Paris und auch in Bonn gemacht hat. Wenn der Geist erhalten geblieben ist, in dem im Dezember zwischen von Brentano und Pinay über die Saar verhandelt wurde, dann braucht man wegen der kommenden Verhandlung keine Sorge zu haben. Mit Interessengegensätzen im einzelnen wird man fertig werden, wenn nur die Bereitschaft besteht, die Separationspolitik auch im Wirtschaftlichen nicht weiterzuführen.

Bevan's Werk hat die Probe glänzend bestanden

E.A. London

Zehn Jahre, nachdem Labour die Gesetzesvorlage für Errichtung eines nationalen Gesundheitsdienstes eingebracht hatte und sieben Jahre nach dem Funktionieren dieses gewaltigen Sozialwerkes hat ein Komitee, gewählt von zwei konservativen Ministern, den Gesundheitsdienst in seiner jetzigen Form vorbehaltlos gerechtfertigt. Der Bericht des Komitees ist eine glänzende Rechtfertigung der Sozialpolitik der Labourparty.

Sieben Jahre lang hat die Torypresse die sogenannten Übelstände des nationalen Gesundheitsdienstes angeprangert, besonders die verschwenderischen Ausgaben kritisiert. Jeder Komödiant machte billige Witze über Perücken, Gebisse und Korsetts, die man umsonst erhalten konnte. Die konservativen Politiker suchten die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass der soziale Gesundheitsdienst eine Brutstätte von Verschwendung, Bürokratie und Unfähigkeit geworden sei. Sobald sie an die Regierung kamen, versprachen sie, der Verschwendung von Steuergeldern für Labours fixe Idee ein Ende zu setzen.

Allerdings gingen sie nicht soweit, die Abschaffung des volkstümlichen Gesundheitsdienstes zu verlangen. Aber sie wollten mit der Extravaganz aufräumen. Diese Aufgabe zu studieren, dazu wurde das Komitee berufen, das nun sein Urteil gefällt hat. Abgesehen von geringeren Unvollkommenheiten habe der Gesundheitsdienst der Nation grosse Dienste bei relativ geringen Unkosten geleistet. "Er funktioniert gut und hat sich keiner Ausschweifungen schuldig gemacht". Der Bericht kommt zu der Schlussfolgerung: "Es ist eine Tatsache, dass der Gesundheitsdienst seit seinem Bestehen eine echte, konstruktive Leistung vollbracht hat".

Aus dem sehr umfangreichen Bericht mögen die folgenden vier Feststellungen genügen:

1. Es wurden keine unnötigen Aufwendungen gemacht, weder Geld noch Personal wurde vergeudet.
2. Anstatt Einsparungen zu empfehlen, rät der Bericht an, für besondere Aufgaben, besonders aber für Krankenhausbauten, mehr Gelder aufzubringen.

3. In den vier Jahren, seit dem Bestehen einer konservativen Regierung, ist der Anteil des Nationalproduktes, das für den Gesundheitsdienst aufgewendet wird, ständig gefallen. Während er unter der Labourregierung rund 3,8 Prozent betrug, belief er sich 1954 nur noch auf 3,24 Prozent des Nationaleinkommens. (Damit ist die Torybehauptung, dass der Gesundheitsdienst einen dauernd wachsenden Anteil des Volkseinkommens verschlinge, eindeutig widerlegt).
4. Die Gebühren für Zahnbehandlung und Brillen sollten abgeschafft werden, sobald das möglich sei. Sie waren von den Konservativen von jeher befürwortet worden. Sobald sie an die Regierung kamen, begannen sie, Gebühren für Leistungen des Gesundheitsdienstes auf verschiedenen Gebieten, vor allem für Zahnbehandlung, für Belieferung mit Gebissen, Brillen usw. einzuführen. Der Bericht des Untersuchungskomitees beweist, dass sie ihren Zweck nicht erfüllt haben. Sie haben weder grosse Ersparungen von Steuergeldern erbracht, noch die persönliche Verantwortung der Bevölkerung gegenüber dem Gesundheitsdienst gestärkt.

Der Bericht begnügt sich nicht mit einer Rechtfertigung des Gesundheitsdienstes, so wie er von seinem Schöpfer Aneurin Bevan gegenüber der unerföhrlichen Toryopposition durchgekämpft worden war, sondern stellt auch fest, dass in der Zukunft noch viel getan werden könnte, um "allen gewünschten Zielen gewachsen" zu sein. Man braucht mehr Krankenhäuser, man braucht ausreichendere Unterkunft und Behandlung für die betagten Einzelstehenden, die in ihren alten Tagen auf die Pflege durch den Gesundheitsdienst angewiesen sind. Besonders aber fehlt es an Pflegestätten für Geisteskranke und an Psychiatern und vorbeugenden Massnahmen, um Geisteskrankheiten zu vermeiden. Alles das sind Aufgaben, die von einem energischen Nachfolger der Schöpfer des Gesundheitsdienstes in Angriff genommen werden sollten.

Es besteht wohl wenig Aussicht, dass sie unter der jetzigen konservativen Regierung angepackt werden. Aber der Bericht hat auch so sein Gutes: Er hat zu einer Zeit, in der die Massenpresse nach drastischen Einsparungen von Regierungs- und Steuergeldern schreit, unzweideutig festgestellt, dass Einsparungen im Gesundheitsdienst nur auf Kosten der britischen Volksgesundheit gemacht werden könnten.

Neues Wahlrecht - leicht verwirrt

FB.-In Bonn dürfte es zur Zeit kaum jemanden geben, der seine Hand dafür ins Feuer legt, dass der am Donnerstag zwischen der CDU/CSU und der FDP vereinbarte Kompromiß über das neue Wahlrecht das letzte Wort gewesen ist. Um 15 Uhr verkündete Dr. Krone von der CDU/CSU die Einigung, um 20 Uhr erklärte allerdings schon ein Sprecher des FDP-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, die Nordrhein-Westfälische FDP lehne kategorisch alles ab, was das Bundestagswahlrecht von 1953 irgendwie verändere und am Freitagfrüh teilte die FDP-Fraktion des Bundestages wiederum offiziell mit, dass es nicht richtig wäre, zu behaupten, die Nordrhein-Westfälischen Auffassungen hätten in der Bundestagsfraktion eine Mehrheit gefunden. Wer kennt sich da noch aus?

Wenn man aber unterstellt, dass es bei der Kompromißformel bleibt, die praktisch das Wahlrecht von 1953 mit der Neuerung der Bundesliste beinhaltet, dann ist festzustellen, dass die so selbstherrliche CDU/CSU alle Positionen geräumt hat; vom Mehrheitswahlrecht bis zum Grabensystem. Gewiss ist die Einigungsformel gegenüber dem Grabengesetz ein erheblicher Fortschritt. Freilich darf dabei nicht verkannt werden, dass der neue Wahlrechtsvorschlag erheblich komplizierter ist, als das von der SPD schon vor Jahresfrist eingebrachte Wahlgesetz, das auf dem Wahlrecht von 1949 aufbaut.

Die CDU hat im Bundestag die Segel nur gestrichen, weil sie befürchtet, die FDP werde ihre Drohung wahr machen, Länderkoalitionen zu sprengen, um über den Bundesrat das Grabensystem zu blockieren. Die CDU spricht das sehr deutlich aus, wenn sie darauf hinweist, dass ihre Unterhändler die weiteren Wahlrechtsbesprechungen so zu führen haben, dass die Koalitionspolitik in Bund und Ländern gesichert wird. Demgegenüber weist die Nordrhein-Westfälische FDP in ihrer Stellungnahme klar darauf hin, dass sie jedes Junktim zwischen Landespolitik und Bundeswahlrecht ablehnen müsse, eine Auffassung, die von der SPD grundsätzlich geteilt wird.

Es ist eines der "Verdienste" des Bundeskanzlers, der in den letzten sechs Jahren immer und immer wieder Bonner Koalitionsfragen mit Länderangelegenheiten verquickt hat und die Kommandogewalt des Palais Schaumburg's auch bis in die Länderhauptstädte ausdehnen wollte. Wenn es sich jetzt im Grundsätzlichen zeigen sollte, dass die Bundesrepublik ein föderal aufgebauter Staat ist, es wäre ein Gewinn für die Demokratie.

3. 2. 1956

Berliner CDU auf gefährlichen Pfad

E.Z. , Berlin

Berlin hat eine Regierungskrise. Sie wurde von der CDU mit der Erklärung ausgelöst, sie verlange den Rücktritt des sozialdemokratisch geführten Senats, anderenfalls werde sie ihre eigenen Senatoren zurückziehen. Diese für Berlin so verhängnisvolle Zuspitzung der innerpolitischen Lage kam völlig überraschend, da von der CDU eine für Westberlins Gesamtlage ziemlich unbedeutende Frage, nämlich die Inkraftsetzung des Bundesmietengesetzes, zum Anlass genommen wurde, die Koalition zu sprengen.

Es ging lediglich darum, dass die SPD-Mehrheit des Parlamentes, bei völliger Billigung der übrigen Gesetzesteile, darauf bestand, die Entscheidung über die im Bundesmietengesetz vorgesehene 10-prozentige Mieterhöhung bis zum Herbst zu vertagen, um feststellen zu können, ob durch eine Besserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage diese Mieterhöhung für die breite Masse der Berliner tragbar sei. Diese formale Terminfrage wurde von der CDU benutzt, den Regierungsrücktritt zu einem Zeitpunkt zu verlangen, der von sowjetzionaler Seite her neue Nadelstiche gegen Westberlin erwarten lässt.

In dieser Situation ist die Frage berechtigt, welche Hintergründe für diese CDU-Haltung eine Rolle spielen, zumal der CDU-Fraktions-Vorsitzende Lemmer es war, der in interfraktionellen Gesprächen mehrmals erklärte, man könne diese unterschiedlichen Auffassungen in der Frage des Mietengesetzes, werde aber eine Lösung finden. Zwischen Weihnachten und Neujahr hätten, so berichteten unterrichtete Kreise, in Bonn zwischen CDU und FDP Besprechungen über den Berliner Senat stattgefunden. Die FDP wünscht, wie aus einer Erklärung ihres Vorsitzenden hervorgeht, die Auflösung des Parlaments und Neuwahlen, wozu freilich eine Zweidrittelmehrheit notwendig wäre, die wohl kaum zustande kommt.

Das Interesse der CDU dürfte freilich in einem Augenblick, in dem führende Funktionäre dieser Partei in der Öffentlichkeit in einem wenig angenehmen Licht erscheinen, wohl eher in der Bildung einer grossen Koalition liegen, die ja schon immer von Dr. Adenauer in Berlin angestrebt wurde, weil die Adenauer-Partei sonst fürchten muss, dass ein nicht geringer Teil ihrer Wähler künftig zur FDP abschwenken könnte.

Es bleibt für das stets bedrohte Westberlin ein gefährliches Unter-

nehmen, aus parteipolitischen Erwägungen die Regierung zu sprengen. Aber die Möglichkeit eines Ausgleichs und einer Bereinigung der Krise sind durchaus vorhanden.

Der von der CDU beanstandete Ausschussbeschluss in der Mietenfrage könnte erneut an den Ausschuss zurückgewiesen werden, bzw. könnte der Senat, dessen Leiter Dr. Buhr aus seinem schweizer Krankenurlaub zurückgerufen wurde, eine neue Vorlage ausarbeiten, die einen Kompromiß ermöglichen würde. Die gesamtpolitische Situation Berlins müsste es auch der CDU nahelegen, die Koalitionsregierung nicht an einer blossen Berlin-Frage scheitern zu lassen.

+ + -

#### Vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel ?

sp.-Nach der Ratifizierung des Deutsch-Israelischen Reparationsabkommens wurden von Zeit zu Zeit Gerüchte laut, dass nunmehr die Aufnahme diplomatischer Beziehungen eine normale Konsequenz dieses Abkommens sein müsste. Die psychologischen Schwierigkeiten waren beiderseitig enorm und es wird tatsächlich sehr viel Takt notwendig sein, um die Aufnahme normaler diplomatischer Beziehungen Wirklichkeit werden zu lassen.

Nachdem nunmehr die neue israelische Regierung einige Wochen im Amt ist, hat sie zwei Massnahmen getroffen, die für die deutsche Öffentlichkeit von Interesse sind. Obwohl es jetzt wieder zwei deutschsprachige Tageszeitungen gibt, bestand ein generelles Verbot, kulturelle Veranstaltungen in deutscher Sprache durchzuführen. Dieses Verbot ist vor wenigen Tagen aufgehoben worden.

Ebenso wurde eine andere Verwaltungsmassnahme ergriffen, derzufolge die israelischen Pässe in Zukunft nicht mehr den diskriminierenden Satz enthalten werden: "Gültig für alle Länder, ausgenommen Deutschland". Trotzdem wird für Reisen nach der DDR und der Bundesrepublik noch eine Genehmigung für die israelischen Staatsbürger notwendig sein.

Mit diesen Massnahmen ist nun von israelischer Seite einiges getan worden, um das Klima vorzubereiten, was zur Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen notwendig ist. Sie werden in Kürze zu erwarten sein.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau